



Beitrag zur Abrechnung der Breslauer Zeitung, außer dem in der
Breslauer Zeitung, 1. d. M. 1867, enthaltenen, für den Raum einer
Zeitung, 1. d. M. 1867, enthaltenen, für den Raum einer

Beitrag zur Abrechnung der Breslauer Zeitung, außer dem in der
Breslauer Zeitung, 1. d. M. 1867, enthaltenen, für den Raum einer
Zeitung, 1. d. M. 1867, enthaltenen, für den Raum einer

Nr. 396. Mittags-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 26. August 1867.

Deutschland.

Berlin, 24. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant und commandirenden General des 11. Armee-Corps, v. Plönitz, den rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe verliehen.

Der beim Bau der Heppens-Obenburger Eisenbahn beschäftigte Baumeister Kubbaum ist zum königl. Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle zu Pleß verliehen worden. Der Rechtsanwalt und Notar Tilmann zu Medebach ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Lippstadt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Geseke berufen worden.

Das 81. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6783 die Verordnung, betreffend die provisorische Verfassung im Gebiete des hormaligen Königl. Hannovers, vom 22. August 1867.

Berlin, 23. August. [Se. Majestät der König] empfing im Babelsberg im Laufe des Vormittags den General der Infanterie v. Werder, nahm mehrere militärische Meldungen entgegen und ließ sich durch den Polizei-Präsidenten von Berlin, v. Wurmb, Vortrag halten. Um ¼ 4 Uhr war kleines Diner, welchem der Gefandte Graf Uxedom, der Präsident der Ober-Rechnungs-Kammer v. Böttcher, der Regierungsvize-Präsident v. Kamph, Oberst v. Krostig und Oberstleutnant v. Kleist zugezogen waren. Nach dem Diner begab sich Se. Majestät mit dem 5 Uhr-Zuge nach Berlin, wohnte der Vorstellung des Ballets Sardanapal bei und kehrte mit dem Zuge um 10½ Uhr Abends nach Babelsberg zurück. (St.-A.)

[Militär-Wochenblatt.] Bei der Landwehr. Zur Uebernahme der Geschäfte als Landwehr-Bezirks-Commandant in den norddeutschen Bundesstaaten sind: 1. Hr. v. Berg, Oberst a. D., zuletzt im 3. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 20, nach Allenburg, Löwenberger von Schönholz, Major zur Disp. und Bezirks-Comm. des 2. Bats. (Stralsund) 1. Pomm. Landw.-Regts Nr. 2, nach Gera, v. Griesheim, Major vom 4. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 30, nach Detmold, Brüggemann, Major vom 3. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 20, nach Bremen, v. Glanap, Major a. D., zuletzt im 3. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 58, nach Hamburg, v. Roell, Ob.-Lt. vom 4. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 21, nach Albed. Biber, Ob.-Lt. zur Disp. und Bezirks-Comm. des 3. Bats. (Graudenz) 3. Ostpr. Landw.-Regts Nr. 4, nach Weimar, v. Studnitz, Major a. D., zuletzt Hauptm. und Comp.-Chef im 5. Brandenb. Inf.-Regt. Nr. 48, nach Eisenach, v. Schrader, Ob.-Lt. zur Disp. und Bezirks-Comm. des 1. Bats. (Erfurt) 1. Thür. Landw.-Regts. Nr. 31, nach Gotha, v. Drigalski, Major vom 2. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 19 nach Meiningen, v. Ditzewski, Ob.-Lt. a. D. und Bezirks-Comm. des Landw.-Bats. Apolda, v. Kestorf, Major vom 5. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 65, beide nach dem Herzogthum Anhalt, Bar. v. Albedyhl, Ob.-Lt. a. D., zuletzt Major im 2. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 19, Kellermeister v. d. Lunde, Ob.-Lt. zur Disp. und Bezirks-Comm. des 2. Bats. (Torgau) 2. Thür. Landw.-Regts. Nr. 32, beide nach dem Großherzogthum Oldenburg, commandirt. v. François, Ob.-Lt. zur Disp. und Bezirks-Comm. mandeur des Landw.-Bats. Geseke, zum 3. Bat. (Graudenz) 3. Ostpr. Landw.-Regts. Nr. 4, Krupp, Oberst zur Disp., früher Da.-Lt. im ehemal. Kurhess. Kriegsministerium, zum 1. Bat. (Erfurt) 1. Thür. Landw.-Regts. Nr. 31, v. Repelin, Major a. D. dem Gren.-Regt. König Friedr. Wilh. IV. (1. Pomm.) Nr. 2, unter Entbindung von seinem Commando zur Dienstl. bei der General-Inspr. des Militär-Erziehungs- und Bildungs-Wezens, zum 2. Bat. (Stralsund) 1. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 2, v. Kalinowski, Major a. D., zuletzt im 2. Brandenb. Gren.-Regt. Nr. 12 (Prinz Karl von Pr.), zum 2. Bat. (Torgau) 2. Thür. Landw.-Regts. Nr. 32, v. Kornaghi, Hauptmann und Comp.-Chef im 1. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 25, unter Beförderung zum Major mit Aggregation bei dem Regt., zum Landw.-Bat. Apolda, sämtlich Befehl Uebernahme der Bezirks-Commandant-Geschäfte commandirt. v. Schütte, Gouvernements-Auditeur in Berlin, Ober-Auditeur und Justizrath, der Char. als Geheim-Justizrath verliehen, Kahlert, Garnison-Auditeur zu Leipzig, in gleicher Eigenschaft an das Commandantur-Gericht zu Neisse vom 1. October d. J. ab berufen.

[Militär-Anstalt.] Se. Majestät der König hat eine neue Verordnung über die Disciplinarbestrafung in der Armee am 16. d. M. Allerhöchst zu genehmigen geruht. Dem Vernehmen nach wird durch dieselbe die Strafkompentenz im Allgemeinen, insbesondere aber die der Compagnie-, Escadron- und Batterie-Chefs erweitert und die Prügelstrafe für die zweite Klasse des Soldatenstandes abgeschafft, indem die Gemeinen dieser Klasse, bei denen sich die übrigen Disciplinarstrafen fruchtlos erweisen, in eine Arbeiter-Abtheilung eingestuft werden sollen. (Milit.-Wochenbl.)

[Von den 28 Second-Lieutenants,] welche während des vorjährigen Feldzuges wegen hervorragender Auszeichnung vor dem Feinde aus dem Feldwebel- und Unteroffizierstande zu ihrer Charge befördert wurden, befinden sich gegenwärtig nur noch 21 im Dienste des stehenden Heeres.

[Internationale Konferenz.] Der Rechts-Ritter des Johanner-Ordens v. Lutz ist als Delegirter des Ordens von dem Herrenmeister nach Paris geschickt worden, um den Verhandlungen der gegen Ende dieses Monats dort tagenden internationalen Konferenz beizuwohnen. Seitens des Central-Comitès des preussischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger hat sich Professor Dr. v. Langenbeck dorthin begeben.

[Der confessionelle Charakter der Universität Königsberg.] Als der Antrag der Universität Königsberg auf Modification ihres protestantischen Charakters in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. December 1866 durch den Abg. Dr. Rosch zur Sprache gebracht wurde, da erklärte der Kultusminister nicht nur, daß ihn seine frühere ablehnende Entscheidung gegenwärtig in keiner Weise binde, sondern bald darauf hat der Minister selbst über die betreffende Frage eine neue Beratung des Generalconcils angeregt und sich im Voraus bereit erklärt („Nordd. Allg. Z.“ 1. Febr. 1867), die Befestigung eines auf Zulassung nicht evangelischer Dozenten in der philosophischen, medicinischen und juristischen Facultät gerichteten Beschlusses, wenn ein solcher vom Generalconcil gefaßt würde, bei Se. Majestät dem Könige zu bekräftigen. Ein solcher Beschluß ist, wie aus Königsberg berichtet wird, mit 23 gegen 8 Stimmen vom Generalconcil der Professoren bereits am 23. Januar 1867 gefaßt worden, bis jetzt, Ende August, ist die in Aussicht gestellte Befestigung aber noch nicht eingelaufen.

[Ausweisung.] Gestern früh um 6 Uhr besetzten Schutzmannen unter Führung des Revier-Polizei-Lieutenants Schunke das Haus Pappelallee Nr. 12 und nahmen dort eine Hausdurchsuchung vor. Ein Herr wurde demnach mit Saal und Pack nach der Polizeiwache gebracht. — Wie wir hören, handelte es sich um die Ausweisung eines Zeitungs-Correspondenten. (B. B.-Z.)

Kiel, 20. August. [Marine.] S. M. Briggs „Rover“ ist gestern, von Danzig kommend, hier eingelaufen und vor Anker gegangen. S. M. Schiffe „Gazelle“ und „Nobe“ werden in diesen Tagen hier erwartet.

Altona, 24. August. [Städtisches.] Definitiv ist es bestimmt, daß für Altona ein Oberbürgermeister als Vorstand des Stadtraths von der Regierung ernannt wird. An der Seite der städtischen Räte wird ein Stadt-Collegium bestehen, welches 36 Mitglieder zählt; mit hin ist zu den 18 bisher hierorts bestehenden Deputirten noch eine gleiche Zahl hiesiger Bürger hinzu zu wählen. Das Stadt-Collegium hält seine Sitzungen öffentlich. — Der Magistrat wird nicht, wie bisher, aus Senatoren gebildet, sondern aus Stadträthen, welche nach der

Wahl der Bevölkerung eingesetzt werden, wenn die Befestigung der Wahl von der Regierung erfolgt ist.

Hamburg, 23. Aug. [Die Offiziere des hamburgischen Contingents] sind gestern aufgeföhrt worden, sich bis zum Sonnabend, den 24. d. M., darüber zu erklären, ob sie in den preussischen Dienst übertreten oder sich pensioniren lassen wollen.

Magdeburg, 24. Aug. [Die Vorstands-Mitglieder des hiesigen Bürgervereins, die Herren Ullrich und Hirsch,] haben es trotz der Opposition aller übrigen Vorstands-Mitglieder durchgesetzt, daß in die hiesige liberale Partei eine Spaltung gebracht wurde, welche der liberalen Sache sicherlich nicht zum Vortheil und möglicherweise sehr zum Schaden gereichen wird. Sie haben eine gestern in die Wahlhalla zusammenberufene Versammlung so lange bearbeitet, bis dieselbe, nachdem allerdings ein großer Theil der Zuhörer sich entfernt hatte, sich gegen die Candidatur des Herrn v. Unruh und für die des Dr. Hirsch, welcher, als Niemand für ihn das Wort ergreifen wollte, sich selbst empfahl, bei der Vorabstimmung entschied. Die Mehrzahl der Magdeburger Wähler, namentlich der ganze Mittelstand, wird an der vom Rechtsanwalt Moritz sehr warm empfohlenen Candidatur des Herrn v. Unruh festhalten. Herr Hirsch hat nach Allem, was man hört, keine große Aussicht auf Erfolg und wird eben nur das Verdienst davontragen, die liberale Partei hier, wie gesagt, gespalten und zersplittert zu haben. (Magd. Z.)

Pösnitz, 21. August. [Im zweiten Meiningischen Wahlbezirk] darf die Wahl des Assessors Lasker als gesichert angesehen werden. In der gestern hier stattgehabten, überaus zahlreich besuchten Vorversammlung der hiesigen Wähler stellte sich Hr. Lasker denselben vor und legte in einer längeren, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede sein Programm für die nächste Legislaturperiode dar. Redner rechtfertigte zunächst sein vorjähriges Verhalten im Reichstage und ging dann speciell auf die Stellung Norddeutschlands zu den süddeutschen Staaten über. Was die zu erwartenden Steuervorlagen anbelangt, so erklärte der Redner, daß eine Steuerreform (Umwandlung der indirecten Steuern in directe) stets von ihm angestrebt werde, eine Verminderung der Steuerlast unter den jetzigen Umständen aber wohl keineswegs zu erwarten sei. Nachdem er noch die Verwaltung, den Militäretat und die allgemeine Wehrpflicht eingehender beleuchtet, bemerkte er ferner, daß er im Falle seiner Wahl die Interessen seines Wahlkreises nach Kräften wahrnehmen, das große national-deutsche Ziel aber, das er sich vorgesezt, nie aus den Augen verlieren würde. Eine Interpellation, die Eisenbahnfrage vom speciell meiningischen Standpunkte aus betrachtet, beantwortete Hr. Lasker in einer durch allgemeines Bravo beifällig aufgenommenen Weise und bemerkte, daß er den Wählern in dieser Beziehung keine Versprechungen machen wolle und könne, sondern nur darauf hinweisen wolle, daß die Hauptbedingung, die Aufbringung des nöthigen Capitals, Sache der Betheiligten sei. Nach Hrn. Lasker sprach ein Hr. v. Stein auf Ober-Verbach als Concurrrenz-Candidat, wie er selbst sagte. Er bedauerte im Eingange seiner Rede, daß ihm die Berücksichtigung des Hrn. Lasker abgehe, schloß sich darauf in allen Punkten den Ausführungen desselben an und hob besonders hervor, daß auch die Verwaltung und die Zustüßpflege der kleinen Staaten in die Hand einer Regierung, wo möglich Preußens (?), gelegt werden möchten, indem dadurch der Einheitsstaat vervollständigt werde. Bei der nachher vorgenommenen Vorwahl durch Händeaufheben ergab sich für Hrn. v. Stein keine Stimme. — Assessor Lasker wird sich auch in Saalfeld und Sonneberg den Wählern vorstellen. (Magd. Z.)

Nordhausen, 22. August. [Der Kreisrichter a. D. Parrius] in Berlin (Mittheilung der deutschen Genossenschaftsbank daselbst) hat sich, wie schon gestern mitgetheilt, auf die Anfrage des hiesigen liberalen Comitès bereit erklärt, eine Candidatur für den Nordhäuser Wahlkreis anzunehmen, auch selbst hierher zu kommen. Seinem bezüglichen Schreiben entnehmen wir nach der „Nordh. Ztg.“ folgende Stelle:

Da ich die Aussicht habe, Ihnen mündlich meine politische Anschauung kundzugeben, so würde eine schriftliche Auseinandersetzung überflüssig sein. Nur erlaube ich mir zu bemerken, daß ich — wie Ihnen und Ihren Freunden wohl bekannt sein wird — zur Fortschrittspartei gehöre; daß ich es aber für unpolitisch und auch unmotivirt halte, durch gegenseitige Polemik die Spaltung in der liberalen Partei zu erweitern, und daß ich die Frage, ob Jemand, der als Candidat auftritt, für oder gegen die norddeutsche Verfassung gestimmt hat, nicht als maßgebendes Kriterium erachten kann. Meines Erachtens thut es sehr noth, daß die liberale Partei in allen ihren Scatirungen zusammenhält und sich einigt zeigt, sonst wird der durch die norddeutsche Verfassung gegebene Rahmen in der Weise ausgefüllt, daß für die Bestrebungen der gemäßigten Liberalen kein Raum bleibt.

Kassel, 22. Aug. [Zur Gerichtsfrage.] Die Immediat-Eingabe der Mitglieder des hiesigen obersten Gerichtshofes hat zunächst eine Antwort des Justizministers Grafen zur Lippe hervorgerufen, welche, an den Ober-Appellations-Gerichtsrath Gleim gerichtet, dem Vernehmen nach ein Eintreten der Ober-Appellationsräte in die ihnen angewiesenen Stellungen sowohl in ihrem eigenen als im Interesse des Landes für geboten erachtet und zugleich auspricht, daß der volle Gehalt als Pension weder nach der hiesigen Verfassung noch nach dem Staatsdienstgesetz in Anspruch genommen werden könne. (So berichtet die „Hess. Morgen-Ztg.“, welche zugleich erzählt, daß auf dieses Schreiben bereits Rückantwort erfolgt und in derselben wiederholt betont sei, daß der Eintritt in eine geringere Stellung nur das Ergebnis freier Willensabhängigkeit sein könne.)

[Die hiesigen Vertrauensmänner.] Die „Kass. Tagesp.“ schreibt: Dem Vernehmen nach sind die Vertrauensmänner unter entsprechender Berücksichtigung der vier Kategorien: Städte, höchstbesteuerter, plattler Land und Ritterschaften, aus den Vertretern derselben in den letzten oder einem der früheren Landtage gewählt. In Betreff der Städte sind die Vertreter von Kassel: Ober-Bürgermeister Rebellthau, Schwesig: Ober-Gerichts-Anwalt Dr. Harner, Carlshafen: Ob.-Ger.-Anwalt Hentel und Rinteln: Dr. Fr. Decker auszuwählen. Als besondere Vertreter des Landes sind die Herren Knobel und Hellwig außerdem Vernehmen nach zugezogen. Aus den höchstbesteuerteren wurden bestimmt: die Herren Ober-Finanzrath Zuschlag, Dekonom Weinbauer, Mühlenbesitzer Brenner und Fabrikant Braun. Aus der Ritterschaft: die Herren v. Milchling, v. Waig, v. Berlesch und v. Bischoffshausen. Die Einladung nimmt ausdrücklich und ausschließlich als Gegenstand der Beratung die Provinzial- und bez. Communal-Vertretung in Bezug.

Darmstadt, 22. August. [Demokratische Versammlung.] Künftigen Sonntag wird eine Versammlung von Vertretern der demokratischen Partei aus Hessen, Nassau, Frankfurt, Baden und Württemberg in Mainz stattfinden. Es wird sich zunächst darum handeln, eine für alle Theile der deutschen Demokratie gemeinsame Basis und darauf beruhende gemeinsame Organisation festzusetzen und auf diese Weise die heftige Demokratie aus einer Stellung zu befreien, welche bei der gegenwärtigen politischen Lage Hessen mit der Zeit nothwendig zu einer isolirten werden muß. (S. L.)

München, 21. Aug. [Stimmung. — Das österreichisch-französische Bündniß.] Die in München erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ vom 15. d. M. Nr. 227 enthalten einen Artikel: „Das constitutionelle Oesterreich“, in welchem dieses in 40,000 Exemplaren verbreitete Blatt sich sehr entschieden gegen eine Verbindung Baierns mit Oesterreich erklärt. Es habe sich schon vor 1866 für die Hegemonie Preußens trotz seiner junker- und mucker-... ausgesprochen, weil der Absolutismus in Oesterreich eine Nothwendigkeit, in Preußen eine Zufälligkeit sei. Nicht allein der von Adel und Geistlichkeit beherrschte Wille der Hofburg fehle für den Constitutionalismus, sondern auch die Zusammensetzung des Staates liehe diesem entgegen. Den Ungarn sei der Dualismus gewährt und den Deutschen die constitutionelle Regierung zugesagt. Beide Versprechen seien aber den Croaten, Czechen und Polen gegenüber ohn: Absolutismus nicht durchführbar. Jede Nationalität suche die „widerwillige“ Verbindung mit dem Kaiserreiche zu zerreißen. Das Volk bei den Magyaren hätte die Galgen von Arab nicht vergessen. Der Friede der Hofburg sei nur mit den Magnaten und dem ungarischen Clerus hergestellt. Die Croaten hielten die ihnen wegen des Kampfes gegen Ungarn gemachten Versprechen fest, daher ihr Widerstand gegen die Magyaren, ebenso wie die Feindschaft der Czechen gegen die Deutschen. Um die Herrschaft zu behalten, müsse Oesterreich zum Absolutismus gegen den slavischen Theil zurückkehren. Die Allianz mit Frankreich und den süddeutschen Staaten solle Oesterreich in der Erreichung dieses Zieles unterstützen. Die Süddeutschen würden im Falle des Sieges dazu beitragen, das österreichische Kirchengut unantastbar zu lassen. Frankreich würde ein Stück deutsches Land dann zum Lohne erhalten. „Das ist das Oesterreich von heute, das ist der Hort der Ultramontanen und Particularisten, das ist der projectirte Anheftungspunkt des süddeutschen Staatenbundes.“ Siegt Oesterreich, „so werden wir zwar nicht das Reichsgesetz des norddeutschen Bundes, aber den österreichischen Absolutismus, zwar nicht die preussischen Steuern bekommen, aber die österreichischen Schulden zu bezahlen und die österreichische Concordatswirtschaft zu ernähren haben. Unsere Soldaten werden zwar nicht unter der gehäßten preussischen Führung Kriege für des deutschen Namens Ehre auszufechten haben, aber zu französischen Soldknechten degradirt werden“ oder bestimmt sein, andere Völker im österreichischen Dienste zu unterdrücken. „Unsere Fürsten endlich werden wohl an Preußen von ihrer Souveränität nichts abtreten müssen, dafür aber, von den Nachkommen verwünscht, von der Geschichte gebrandmarkt, ihre Befehle von Paris erhalten. Siegt aber Preußen, so werde das „Deposidirtwerden“ den Fürsten in nächster Nähe, wenn nicht Schlimmeres blühen. Es gebe eine große Anzahl von Leuten, die ein Bündniß mit Frankreich „Vaterlandsverrath“ nennen. „Wir wollen nicht pactiren mit dem Erbfeinde der deutschen Nation und mit dem nackten Absolutismus, sondern wir wollen unabänderlich ein einheitsliches deutsches Reich.“

München, 23. August. [Die französischen Majestäten] sind, von Salzburg kommend, heute Mittag hier eingetroffen und haben nach kurzem Aufenthalt, während dessen sie von dem Ministerpräsidenten, Fürsten von Hohenlohe, namens Se. Majestät des Königs begrüßt wurden, die Reise nach Straßburg fortgesetzt. (Bair. Ztg.)

Speier, 22. Aug. [Hochzeitsgeschenk.] Bei der im October bevorstehenden Vermählung des Königs wollen die Städte der bairischen Pfalz gemeinschaftlich ein Geschenk darbringen. In einer deshalb abgehaltenen Beratung der Bürgermeister sämtlicher Städte ist man zu dem Beschlusse gelangt, dem Könige ein Fuhrer des besten Pfälzer Welnes aus einem von vier Pferden gezogenen Wagen, nebst einem Pokal, gefertigt aus Rhein-Gold, zu verehren.

Stuttgart, 25. August. [Baiern und Württemberg] haben die Bildung eines Südbundes unter der Führung Oesterreichs abgelehnt und wahren als selbstständige Staaten ihre Freiheit bei der Wahl eines Bündnisses. (B. B.-Z.)

Heidelberg, 22. Aug. [Protestantentag.] Der zweite deutsche Protestantentag wird jetzt am 26. und 27. September in Neustadt in der Pfalz abgehalten werden. Die zur Verhandlung kommenden Gegenstände sind folgende: 1) Die Bedeutung der Unionsfrage in der Gegenwart. Referenten: Dr. Krause von Berlin und Dr. Schenkel von hier. 2) Die Stellung des Vereins zur Frage nach dem geschichtlichen Christus. Referenten: Prof. Holtmann von hier und Prof. Baumgarten von Kassel. Stadtpfarrer Schellenberg von Mannheim wird die Festpredigt halten.

Oesterreich.

Aus Nordösterreich, 24. August. [Zum österreichisch-französischen Bündniß. — Kriegerodamontaden. — Noch keine Hinterlader. — Russische Truppenmärsche.] Die Monarchen-Zusammenkunft in Salzburg hält im gegenwärtigen Augenblicke selbstverständlich Alles in Athem. Was nun den Eindruck dieses Ereignisses auf die öffentliche Meinung betrifft, so dürften Sie darüber in den Wiener Journalen vergeblich eine getreue unbefälschte Schilderung suchen, aber im Publikum selbst äußert man sich um so rückhaltloser über diesen angeblich genialen Coup unseres gegenwärtigen Cabinets. Vor Allem muß constatirt werden, daß in Oesterreich das österreichisch-französische Bündniß — so nennt man nämlich die Salzburger Konferenz — auf entschiedenen Widerwillen stößt. Wenn auch die eigentlichen Verhandlungen in Salzburg dem großen Publikum noch ein diplomatisches Geheimniß, so haben uns doch bereits die Auslassungen der französischen Presse belehrt, was Deutschland und Preußen von der Wien-Pariser Allianz zu erwarten. Deutschland soll in einen Nord- und Südbund gespalten, — die deutsche Einheits-Idee mit Beihilfe französischer Bayonnette unterdrückt — Preußen von seiner Mission zurückgedrängt — kurz der Reaction und Kleinstaaterei abermals Thor und Thür geöffnet werden! — Dies ist in kurzen Worten der leitende Gedanke, welchen die inspirirten Pariser Blätter dem Zusammengehen Oesterreichs und Frankreichs unterschieben! Ich wiederhole, daß in unseren unabhängig deutschen Kreisen jenes, gelinde gesagt, unnatürliche Bündniß Entrüstung hervorgerufen, weil Oesterreich neuerdings einem furchtbaren Kriege zutreibt, wo es nur seine letzte Karte aus-

Wäsche-Strümpfen in allen Größen und für jede Saison weite passend, liefert die bekannt reele und billige Wäsche-Fabrik von **L. Seidenberg**, Schweidnitzerstraße 12. [1282]